BÜNDNIS DEUTSCHLAND
FREIHEIT. WOHLSTAND. SICHERHEIT.

Politische Konzepte Bundesfachausschuss 14 · V 1.3

Sprache. Autoren: Prof. Heizo Schulze, Johannes von Weyssenhoff, Dr. Stefan Martin, Dr. Maik Schmerbauch, Robert von Radetzky – 14. Januar 2024

Sprache

Die deutsche Sprache ist als gewachsene Kultursprache ein elementarer Bestandteil unserer Identität. Sie ist das einigende Band zwischen Menschen deutscher Kultur im In- und Ausland. Bündnis Deutschland setzt sich nachdrücklich für die **Pflege und Förderung der deutsche Sprache** ein.

Bildung

Im **schulischen Bereich** muss dem **Erwerb von Lese- und Schreibkompetenzen oberste Priorität** eingeräumt werden. Grammatik und Orthographie der deutschen Sprache müssen die Schüler wieder nach klaren Regeln erlernen. Der Erwerb des Englischen in der Grundschule hat demgegenüber zurückzustehen. Dem Beherrschen und der aktiven Anwendung der Handschrift (auf der Grundlage der Lateinischen Ausgangsschrift[1]) muss wieder die ihr angemessene Bedeutung erlangen.

Desweiteren setzen wir uns für eine höhere **Wertschätzung der deutschen Landessprache in der universitären Lehre** ein. Insbesondere fordern wir eine gebührende Beachtung des Deutschen als Wissenschaftssprache in sämtlichen Studiengängen. Wir erkennen an, dass Englisch zur weltweiten Wissenschaftssprache geworden ist, zum Nachteil des Deutschen, aber auch des Französischen oder des Spanischen. Der Erwerb des Englischen auf einem sehr guten Niveau ist auch für die deutschen Studenten unerlässlich. Dass Lehrveranstaltungen auf Englisch stattfinden, ist daher verständlich. Lehrveranstaltungen im Grundstudium sollten grundsätzlich auf Deutsch abgehalten werden. Dies ist auch im Interesse der Studenten mit Migrationshintergrund, deren Integration in das deutsche Hochschulsystem dadurch befördert wird.

[1] Behm, Isa

BÜNDNIS DEUTSCHLAND
FREIHEIT. WOHLSTAND. SICHERHEIT.

Gesellschaft

Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass **Deutsch in allen Bereichen des öffentlichen Lebens die Verkehrssprache** sein muss. Forderungen nach Einführung des Englischen als Verkehrssprache sind strikt abzulehnen.

Gute Deutschkenntnisse bilden die Grundlage für ökonomischen und sozialen Erfolg im Leben. Dies gilt nicht zuletzt für die steigende Zahl von Migranten, deren erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft maßgeblich von der sicheren Beherrschung der deutschen Sprache abhängt. Bündnis Deutschland spricht sich für **verpflichtende Sprachkurse für Migranten mit Bleibeperspektive** aus. Nichtteilnahme ist entsprechend zu sanktionieren.

In den derzeitigen Diskussionen um die Entwicklung der deutschen Sprache wird dem **Rat für deutsche Rechtschreibung** eine hohe normative Bedeutung beigemessen. Die Zusammensetzung des Rates und dessen Entscheidungsfindung muss transparenter werden.

Sprachlenkung

Bündnis Deutschland verurteilt den manipulativen Missbrauch der deutschen Sprache z.B. durch **Framing** und **Nudging** um identitätspolitische Ziele (Deklaration von Wirklichkeiten außerhalb naturwissenschaftlicher Erkenntnisse) zu erreichen. Als Beispiele seien die **Manipulation durch Angst**, wie z.B. "Klimakatastrophe" und die Überhöhung von sexuellen Vorlieben und Graduierungen des biologischen Geschlechtes "72 Geschlechter" genannt. Auch die inflationäre **Erfindung neuer Bezeichnungen** für bereits existierende Sachverhalte (Schutzsuchender statt Asylbewerber) und die **Zensur existierender Literatur** sind zurückzuweisen.

Ideologische Spracherziehung in Form von **Gendersprache lehnen wir ab.** Gendern ist kein natürlicher Sprachwandel, sondern von Minderheiten betriebene Sprachlenkung. Die Studien, auf denen diese Bestrebungen basieren, sind wissenschaftlich nicht haltbar. Es handelt sich hierbei ausschließlich um identitätspolitische Ideologie, die den Reichtum und die Ausdrucksfähigkeit der deutschen Sprache bewusst verkennt. Bündnis Deutschland spricht sich u.a. gegen den Missbrauch des Partizips ("Zuschauende") und die Verwendung von Sonderzeichen, wie z.B. Asterisk („Gender-Stern") und Unterstrich („Gender-Gap") inmitten von Wörtern aus. Insbesondere an **Schulen und Hochschulen** ist die Rechtschreibung nach konsistenten Regeln zu vermitteln. Ebenso müssen **Bundes- und Landesbehörden** sowie der **Öffentlich-Rechtliche Rundfunk** intern und extern nach dem amtlichen Regelwerk der deutschen Rechtschreibung kommunizieren. Nur so können Rechtssicherheit und Eindeutigkeit in öffentlicher Verwaltung und Rechtspflege gewährleistet werden.